Wahlen und Widerstand
von Alexander Charlamenko
(Beitrag für den Kanal „Europa für Kuba“, Moskau,18. November 2026)

Die Welle der ultrarechten Reaktion, die den Planeten zu überschwemmen drohte, stößt auf Widerstand. Am 25. Oktober 2026, dem brasilianischen Tag der Demokratie, errang der linke Präsident Lula einen Sieg über Washingtons Günstling Flávio Bolsonaro.
Zwei Tage später brachte bei den Wahlen in Israel ein linkes Bündnis, darunter Kommunisten, Benjamin Netanjahu um die Regierungsmehrheit – diesen Feind Palästinas und Libanon und Washingtons wichtigsten Verbündeten beim Angriff auf den Iran.
Am 3. November endeten in den USA ihrerseits die Wahlen zum Kongress und zu den Gouverneuren der Bundesstaaten mit einer Niederlage für das rechtsextreme Trump-Team. Die Versuche des Gebieters über das Weiße Haus, die „Zwischenwahlen“ als regelrechtes Vertrauensreferendum darzustellen, gingen nach hinten los. Bei einer für die USA vergleichsweise hohen Wahlbeteiligung errang die oppositionelle Demokratische Partei die Mehrheit in beiden Kongresskammern sowie die Mehrheit der Gouverneursposten, darunter auch in den größten Bundesstaaten Kalifornien und Texas.
Bürgerliche Wahlen, zumal im Zentrum des Weltimperialismus, den USA, rühren nicht an die Grundlagen der Gesellschaftsordnung. Beide Parteien, Republikaner wie Demokraten, vertreten verschiedene Fraktionen des Monopolkapitals und werden von diesen finanziert. Multimilliardär Elon Musk allein zahlte fast eine halbe Milliarde Dollar in den Wahlkampf-Fonds der Republikanischen Partei ein, während George Soros als größter Sponsor der Demokraten mehr als 100 Millionen beisteuerte. Nun entscheidet Geld zwar vieles, aber nicht alles. Wahlen waren und bleiben ein Barometer für die tatsächliche Stimmung in der Gesellschaft. Die Wahlkampfkasse der Republikaner war besser gefüllt als die der Demokraten; Trump versprach sogar, jedem US-Bürger im Falle eines Sieges seiner Partei 5.000 Dollar auszuzahlen, doch das hat wohl nicht geholfen.
Bereits am Vorabend der Wahl war die Zustimmungsrate des Präsidenten auf einen Rekordtiefstand von 32–35 % gesunken. Die von Trump eingeführten Zölle auf Importwaren, die enormen Militärausgaben und die steigenden Kraftstoffpreise belasten den Geldbeutel der Wähler. Preise für Lebensmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs steigen weiterhin rapide. Hypotheken und Mieten wuchsen ins Unermessliche; im reichsten Land gibt es über eine Million Obdachlose. Der Mindestlohn wurde seit 17 Jahren nicht mehr angehoben. Vor allem junge Menschen sind unzufrieden, weil sie ihre Studiendarlehen nicht tilgen, sich Wohnraum oder medizinische Versorgung nicht leisten können. Kinder von Afroamerikanern, aus indigen Bevölkerungsgruppen oder von Einwanderern aus Lateinamerika, Asien und Afrika leiden zusätzlich häufig unter Diskriminierung, vielen droht die Zwangsabschiebung.
Unzufriedene stimmten massenhaft für jene Kandidaten, die selbst rassistischen und einwanderungsfeindlichen Angriffen von Trump und seinen Anhängern ausgesetzt waren. In mehreren Bundesstaaten wurden Afroamerikaner zu Gouverneuren gewählt, in Georgia zum ersten Mal in den USA überhaupt eine Afroamerikanerin, Keisha Lance Bottoms. Kalifornien und Texas, einst Mexiko entrissen und den USA zugeschlagen, werden erstmals von Gouverneuren mexikanischer Herkunft regiert, Xavier Becerra und Gina Hinojosa, während der Bundesstaat New Mexico von Deb Haaland mit indigener Herkunft geführt werden wird. Zur Bürgermeisterin von Los Angeles wurde Nithya Raman gewählt, die dem südindischen Volk der Tamilen entstammt. In den US-Kongress wurden die Palästinenserin Rashida Tlaib

und der Sohn ägyptischer Einwanderer, Abdulrahman Mohammad el-Sayed, gewählt, den der Präsident zuvor öffentlich als „Moslem, Terroristen und Kommunisten“ diffamiert hatte. Linke Demokraten sind deutlich zahlreicher als bisher im Kongress vertreten, unter ihnen der 36-jährige James Talarico, der seinen Wahlkampf unter Losungen führte, wie Schutz von Arbeitern, Landwirten, Kleinhändlern und Studenten vor „Plutokratie“ und „Oligarchie“, Recht auf Wohnraum, Bildung und medizinische Versorgung. Als einer der Organisatoren des Sieges der Demokratischen Partei gilt der 80-jährige Senator Bernie Sanders. Er fordert, „eine gemeinwohlorientierte Wirtschaft zu schaffen und sich der Klasse der Multimillionäre entgegenzustellen“.

In den letzten Jahren bildete sich innerhalb der Demokratischen Partei die Gruppe „Democratic Socialists of America“ (DSA) heraus; bei den aktuellen Wahlen erzielten ihre Anhänger große Erfolge. Eine ihrer Aktivistinnen, die Puerto-Ricanerin Alexandra Ocasio-Cortez, wurde bereits zum fünften Mal als Abgeordnete für New York in das Repräsentantenhaus gewählt. Ein weiterer Anführer der Gruppe, der New Yorker Bürgermeister Zohran Mamdani, verhalf vier linken Abgeordneten unter der Losung „Bildung und medizinische Versorgung für alle“, „Verlagerung der Steuerlast auf die Reichen“ und „Beendigung der Jagd auf Einwanderer“ zum Einzug in den Kongress.

Die Wahlen zeigten, dass die Wähler keine Angst mehr vor dem Wort „Sozialismus“ haben und sich ultrarechter Kampagnen im Stile eines McCarthy nicht beugen. Mamdani bezeichnete die aktuellen Wahlen als „Wendepunkt“ für die Demokratische Partei und kündigte an, mit der Umgestaltung der Partei in eine „Partei der arbeitenden Menschen“ zu beginnen. Bernie Sanders erklärte ebenfalls, dass die Demokratische Partei „einer grundlegenden und unverzüglichen Reform unterzogen werden“ müsse, damit sie „die arbeitende Bevölkerung und nicht die Reichen vertrete“.

In Kalifornien fanden die Wahlen zusammen mit einem Referendum über die Einführung einer Fünf-Prozent-Steuer für Milliardäre statt, um die Kürzung der Bundesmittel für das Gesundheitswesen, das Bildungswesen und die Nahrungsmittelhilfe für arme Menschen auszugleichen.

Allerdings sind die bürgerlichen Führer der Demokratischen Partei bestrebt, allzu radikale Initiativen zu blockieren. In Kalifornien warben sie gegen die Steuer für Reiche, und 9 von 10 Wählern lehnten den Vorschlag prompt ab, nachdem sie sich von der Drohung eines Kapitalabflusses aus dem Bundesstaat einschüchtern ließen. Im Bundesstaat Michigan sprachen sich rechte Demokraten kurz vor den Wahlen für den republikanischen Kandidaten und gegen El-Sayed von der eigenen Partei aus. Selbst die Bundesführung der Demokraten sah sich gezwungen, diesen verräterischen Schritt zu verurteilen und dem Kandidaten ihrer Partei ihre Unterstützung auszusprechen.

In Kuba und ganz Lateinamerika wurden die Wahlen in Florida mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt. Ein Viertel der Bevölkerung des Bundesstaates besteht aus Einwanderern aus Kuba, Venezuela, Kolumbien, Nicaragua und Haiti. Großen Einfluss genießen die radikalsten Feinde der kubanischen Revolution und der lateinamerikanischen Unabhängigkeit. Gerade darum ließ sich Flávio Bolsonaro nach seiner Niederlage in Miami nieder. Seit Jahrzehnten wird dort in vielerlei Hinsicht der Kurs der aggressiven US-Politik bestimmt. Konterrevolutionäre Emigrantengruppen in Miami sind mit den rechtsextremen Kreisen beider bürgerlicher Parteien der USA eng verbandelt, insbesondere mit der Republikanischen Partei. Bislang gewannen diese Kreise die Wahlen in Florida mühelos. Mehr noch: Die Wahlergebnisse in diesem Bundesstaat gaben meist den Ausschlag dafür, dass die US-Präsidentschaftswahlen insgesamt zu ihren Gunsten ausgingen.

Vielen Einwanderern aus lateinamerikanischen Ländern sind die Qualen jedoch nicht gleichgültig, unter welchen ihre Landsleute, Verwandten und Angehörigen aufgrund der unmenschlichen Blockade gegen Kuba, aufgrund der groben Einmischung Washingtons in die Angelegenheiten anderer Länder, der massenhaften Abschiebung lateinamerikanischer Einwanderer aus den USA und der polizeilichen Gewalt gegen sie zu leiden haben.
Bei den aktuellen Wahlen nun gelang es zwar den *„gusanos“* aus Miami als den glühendsten Verfechtern einer Verschärfung der Blockade gegen Kuba und einer Invasion der Insel, ihre Sitze im Kongress zu verteidigen, allerdings nur noch mit einer hauchdünnen Mehrheit; ihre demokratischen Konkurrenten forderten sogar eine Neuauszählung der Stimmen. Bei den Gouverneurswahlen lag die Kandidatin der „Demokratischen Sozialisten der USA“ Angie Nixon nur 2 % hinter dem afroamerikanischen Konservativen Byron Donalds zurück.
Junge Amerikaner haben den Krieg gegen den Iran satt; kaum einer von ihnen ist bereit, an den südlichen Grenzen der USA zu töten und zu sterben. Kubas feste Entschlossenheit, der Blockade und der Invasionsgefahr die Stirn zu bieten, war ein wichtiger Faktor für den Stimmungswandel bei Wählern in Florida und anderen Bundesstaaten.

Vizepräsident James D. Vance räumte öffentlich ein, dass der Krieg gegen den Iran der Hauptgrund für die Niederlage der Republikaner bei den Wahlen gewesen sei. Um das Vertrauen der Wähler zurückzugewinnen, forderte er, diesen Krieg zu beenden, die Beziehungen zu Israel zu ändern, sich auf das Problem der Lebenshaltungskosten zu konzentrieren und dem Grundsatz „America First“ zu folgen. Doch solcherlei dehnbare Formulierungen lassen sich sowohl als Aufruf zum Abbau internationaler Spannungen als auch als Vorschlag interpretieren, den Krieg zu einem „siegreichen Ende“ zu führen.
Wahrscheinlich wird die demokratische Mehrheit im Kongress Trumps Zölle gegen Importe aus Kanada und lateinamerikanischen Ländern nicht billigen. Oppositionsabgeordnete aus Argentinien, Kolumbien und Ecuador fordern bereits ihre demokratischen Kollegen in den USA zu einer parlamentarischen Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen durch rechte Regime auf, mit denen Trump und Rubio Abkommen über militärische Zusammenarbeit bis hin zur Entsendung von US-Truppen unterzeichneten. Für Washington wird es immer schwieriger, seinen in finanzpolitische Skandale verwickelten Verbündeten aus der Patsche zu helfen. Einer von Trumps Partnern im Rahmen der „Schilde der Amerikas“, der ehemalige paraguayische Präsident Santiago Peña, wurde bereits seines Amtes enthoben und vor Gericht gestellt. Als Nächstes ist José Antonio Kast an der Reihe, der in Chile an Popularität verliert. Das kolumbianische Außenministerium durchlebt derzeit schwere Zeiten: Sein Leiter Omar Bula hatte noch vor kurzem erklärt, dass „für Lateinamerika nichts schlimmer sein kann als eine demokratische Regierung in den USA“, und wird nun gezwungen sein, sich bei ihnen zu entschuldigen.

Doch weder unsere Freunde noch wir haben Grund, uns Illusionen hinzugeben. Unmittelbar nach den Wahlen nominierte die Demokratische Partei für die Ämter der Parlamentspräsidenten beider Kammern rechtsgerichtete Politiker, die Verbindungen zum militärisch-industriellen Komplex haben. Bekanntlich unterstützt die Mehrheit der Demokraten im Kongress den Krieg des Kiewer Regimes gegen Russland sowie den Terror Israels gegen die Palästinenser. Im Wahlkampf kritisierten die Demokraten Trump für vielerlei, nicht aber für die Entführung von Nicolás Maduro und Celia Flores, nicht für die Verschärfung der Blockade gegen Kuba. Die rechten Demokraten stehen aufgrund ihrer Verbindungen und Ansichten Trump und seiner Partei näher als ihren eigenen Parteikollegen

auf der linken Seite, sie sind zu jedem Deal bereit, nur um die Linken sich unterzuordnen oder sie zu isolieren.
Trump hat bereits erklärt, dass er beabsichtigt, die bisherige Politik sowohl im Inland als auch in der Außenpolitik fortzusetzen. Der US-Präsident ist befugt, ohne Beteiligung des Kongresses Dekrete der Exekutive zu verfassen, Trump erließ bereits fast 300. Er droht damit, sein Vetorecht gegen Beschlüsse des Gesetzgebers verstärkt einzusetzen. Die Schwächung der Positionen im Kongress könnte das Weiße Haus zu äußerst gefährlichen Schritten veranlassen. Gerade erst rief Trump neuerlich eine „Woche des Kampfes gegen den Kommunismus“ aus. Er versprach, „das Kuba-Problem“ noch vor Ablauf seiner Amtszeit zu lösen und dabei auch vor Anwendung von Gewalt nicht zurückzuschrecken. Zum Stabschef des Weißen Hauses ernannte er Stephen Miller, der nach der Entführung von Nicolás Maduro erklärte: „Stärke ist das neue Völkerrecht.“

In Madrid fand vom 4. bis 5. November 2026 das 30. Iberoamerikanische Gipfeltreffen statt - das erste internationale Forum nach den Wahlen in den USA. Es zeigte denselben Trend wie die jüngste Abstimmung in der UNO über die Aufhebung der Blockade gegen Kuba: Washingtons Versuche, die „Insel der Freiheit“ auf der internationalen Bühne zu isolieren, sind zum Scheitern verurteilt.
Auf der Plenarsitzung des Gipfels erklärte der kubanische Außenminister Bruno Rodríguez, Washington übe rund um die Insel eine „energetische Belagerung aus, die einer Seeblockade gleichkommt“. Damit hob der Minister die militärisch-gewaltbereite Komponente einer Politik zur Abwürgung von Kubas Energiezufuhr hervor, die Parallelen zur Seeblockade der Insel während der Karibikkrise 1962 aufweist, mit der die Welt an den Rand eines Atomkriegs gebracht wurde. Washington, das seine illegitimen Maßnahmen gegen Kuba mit einer von dort ausgehenden angeblichen „Bedrohung der nationalen Sicherheit der USA“ begründet, erhält in Havanna die einzig vernünftige Antwort: „Nicht Kuba ist eine Bedrohung, die Blockade ist die Bedrohung.“ In der Erklärung des kubanischen Außenministeriums wird betont, dass kein Druck von außen die Souveränität Kubas und den Willen seines Volkes zur Selbstbestimmung je brechen könne.

Die Verhängung der Treibstoffblockade gegen Kuba durch die USA unter Androhung der militärischen Invasion der Insel werden von den größten Ländern der Region immer schärfer verurteilt. Auf dem Madrider Gipfel lehnte der brasilianische Außenminister Mauro Vieira die Gewaltanwendung der einen Seite kategorisch ab und betonte, dass die iberoamerikanischen Länder sie weder akzeptieren noch angesichts solcher Drohungen untätig bleiben könnten.
In diesem Sinne äußerte sich auch die mexikanische Delegation, die durch Präsidentin Claudia Sheinbaum vertreten war, welche in diesen Tagen ihre grundsätzliche Verurteilung der Blockade bekräftigte und sich persönlich an der Sammlung humanitärer Hilfe für den Versand nach Kuba beteiligte. Auf dem Gipfel bekundete Außenminister Roberto Velasco die Solidarität der mexikanischen Regierung mit dem kubanischen Volk und betonte die Priorität der Selbstbestimmung der Völker und der internationalen Zusammenarbeit.
Die Delegation Nicaraguas forderte auf dem Gipfel die bedingungslose Aufhebung der Blockade und die sofortige Beendigung aller Zwangsmaßnahmen und bekräftigte dabei den Status Lateinamerikas und der Karibik als Zone des Friedens. Bei der Abschlusszeremonie des Gipfels bedankte sich die kubanische Delegation für die Unterstützung.

Dissonanz brachte dagegen die Rede des argentinischen Präsidenten Javier Milei in das Gipfeltreffen, der sich neuerlich erdreistete, Sozialismus mit - dem von ihm besiegten -

Faschismus gleichzusetzen. Diese Widerlichkeit stellte zudem eine direkte Einmischung in die Innenpolitik des Gastgeberlandes Spanien dar, wo rechte und ultrarechte Kräfte danach streben, bei den Wahlen am 29. November 2026 internationale Revanche für ihre Niederlage in Brasilien nehmen zu können.
Am selben Tag, dem 5. November 2026, verkündeten das Außenministerium und das Finanzministerium unter Missachtung sowohl des Willens der internationalen und regionalen Gemeinschaft als auch des Willens eines immer größeren Teils der US-amerikanischen Gesellschaft ein neues Paket sogenannter „Sanktionen“ gegen die kubanische Wirtschaft. Diese illegitimen Maßnahmen richten sich gegen den Erdöltankerverkehr, gegen Staatsimport, gegen die Elektronikindustrie und andere Industriezweige sowie gegen ausländische Partner Kubas, darunter zwei chinesische Unternehmen.
Am 9. November 2026 erklärte Miguel Díaz-Canel unmissverständlich: „Über Kubas Zukunft entscheiden die Kubaner selbst.“ Eine würdige Antwort auf die Versuche, die chinesisch-kubanische Zusammenarbeit zu untergraben, waren die Verhandlungen in Peking, die Genosse Bruno Rodríguez als bevollmächtigter Vertreter der Parteiführung und der Staatsführung Kubas führte. In eben diesen Tagen strahlte das chinesische Fernsehen einen Bericht über Militärübungen aus und zeigte einen Raketenangriff auf das Modell eines US-amerikanischen Flugzeugträgers.

Das Leben bestätigt erneut, dass die reale Bedeutung von Wahlen in der kapitalistischen Welt in erster Linie von Stärke und Einheit der kämpfenden Völker abhängt, genau wie von Fähigkeit und Willen souveräner Staaten zur Selbstverteidigung.
Allein der solidarische Widerstand gegen imperialistische Aggression kann den Neofaschismus schlagen und den Weg in eine bessere Zukunft öffnen.

Nein zu imperialistischer Aggression und Krieg!
Sie werden nicht durchkommen!
Nieder mit der kriminellen Blockade Kubas!
Freiheit für Nicolás Maduro und Cilia Flores!
Vaterland oder Tod!
Sozialismus oder Tod!
Wir werden siegen!